

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 80 Berlin und Bonn

9. Februar 2023



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Ein Erdbeben erschüttert die Welt

(BS) Das Erdbeben in Syrien und der Türkei zeigt mehrere Aspekte von Naturgewalten: a) Naturgewalten kennen keine Grenzen (siehe auch Unwetterkatastrophe in Deutschland, Luxemburg und Belgien im Juni 2021). b) Naturgewalten können sehr zerstörerisch sein. c) Naturkatastrophen erfordern eine rasche und gut koordinierte Hilfe sowie gut organisierte Einsatzeinheiten.

Das Erdbeben lenkt die weltweite Aufmerksamkeit zur Türkei, etwas weniger nach Syrien – der Ukraine-Krieg rückt etwas in den Hintergrund. Die Opferzahlen steigen, wenn man aber bedenkt, dass in einem Gebiet mit 400 Kilometern Durchmesser rund 20 Millionen Menschen leben, ist es ein Wunder, dass die Opferzahlen nicht noch höher sind. Sicher werden aus diesem Einsatz Lehren gezogen. Auch in Deutschland, wo die Vorbereitungen für internationale Einsätze noch verbesserungswürdig sind.

Meine Gedanken sind bei den Betroffenen, dass auch aus diesem Erdbeben die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden. Meine Gedanken sind bei den Rettern, dass sie den Einsatz ohne eigene Schäden überstehen und ihnen möglichst viele Erfolge beschert sein mögen.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Hilfe im syrischen/türkischen Erdbebengebiet

(BS) Nach dem Erdbeben am 6. Februar im syrisch-türkischen Grenzgebiet steigt die Anzahl der Opfer immer weiter. Nach Angaben der türkischen Regierung, der syrischen Behörden und den Weißhelmen sind über 16.000 Tote zu beklagen (Stand 9.2.). Ein Großteil ist auf türkischem Gebiet zu verzeichnen. Die deutschen Hilfsorganisationen unterstützen die Türkei und Syrien vor Ort.

So unterstützt das Deutsche Rote Kreuz (DRK) seine Schwestergesellschaften den Türkischen Roten Halbmond (TRH) und den Syrischen Arabischen Roten Halbmond (SARC). Man stehe im engen Austausch mit seinen Schwestergesellschaften zur Lage vor Ort, um den humanitären Bedarf festzustellen und abzustimmen, wie das DRK am besten unterstützen kann, um dringend notwendige Hilfe zu leisten. Das Auswärtige Amt unterstützt die initiale Soforthilfe des DRK in der Türkei und Syrien mit 500.000 Euro.

Auch die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) leistet Unterstützung. So entsand die Hilfsorganisation ein dreiköpfiges Erkundungsteam in die betroffene Region. "Deren Ziel ist es, zu ermitteln, welche Nothilfe-Maßnahmen jetzt am dringendsten in welchen Regionen benötigt werden und gegebenenfalls weitergehende Hilfe zu identifizieren", erklärte Magdalena Kilwing, Leiterin der Not- und Soforthilfe in der Johanniter-Auslandshilfe.

THW bereitet weiteren Einsatz vor

Die speziell für diese Einsatzlagen ausgebildete Fachgruppe des Technischen Hilfswerk (THW) - Schnell-Einsatz-Einheit Bergung Ausland (SEEBA) – kam nach Angaben



Die Fachgruppe Schnell-Einsatz-Einheit Bergung Ausland (SEEBA) flog vom Flughafen Köln-Bonn in Richtung des Erdbebengebiets in die Türkei.

Foto: BS/THW

der Bundesanstalt bereits im Einsatzgebiet an. Die SEEBA-Kräfte sind die Spezialisten für Rettung und Bergung in Katastrophengebieten, wie nach Erdbeben. Das 50-köpfige THW-Team landete mit 16 Tonnen Material am Flughafen Gaziantep in der betroffenen türkischen Provinz Gaziantep. Neben dem Material führt das Team vier ausgebildete Rettungshunde für die biologische Ortung mit. In dem SEEBA-Team sind THW-Kräfte aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Bayern. "Wir befinden uns in der ersten Phase nach der Katastrophe. Der Fokus liegt momentan ganz klar auf der Rettung und Erstversorgung der betroffenen Menschen und das ist genau das, worin unsere SEEBA ausgebildet und trainiert ist", unterstreicht THW-Präsident Gerd Friedsam.

Die Fachgruppe Schnell-Einsatz-Einheit Wasser Ausland (SEEWA) bereitet sich nach Angaben des THW auf einen möglichen Einsatz vor. Diese Fachgruppe kann mit Trinkwasseraufbereitungsanlagen bis zu 30.000 Menschen am Tag mit sauberem Wasser versorgen.

Studie zu Belastung im Rettungsdienst gestartet

(BS) Die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und die Akkon Hochschule für Humanwissenschaften starten gemeinsam eine bundesweite Studie zu Belastungen im Rettungsdienst. Ziel der Studie sei es, fundierte Aussagen zu liefern, welche Situationen die Einsatzkräfte im Arbeitsalltag wirklich belasten. Ergebnisse sollen im Herbst/Winter 2023 vorliegen.



Was belastet Bedienstete im Rettungsdienst? Eine Studie der JUH und der Akkon Hochschule will dies herausfinden.

Foto: BS/Thorsten Töller, pixabay.com

Mit der nun initiierten Studie soll eine Studie aus dem Jahr 2022 der Akkon Hochschule, die Prof. Dr. Saskia Eschenbacher verantwortete, ausgeweitet werden. Eschenbacher wird auch die neue Studie betreuen. In der Studie werden die Probanden nach der reflective writing-Methode befragt und können mittels qualitativer Erhebung selbst die Themen nennen, die für sie belastend sind.

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen geplant

Diese Methode eröffne einen breiteren Befragungsansatz und sei daher ergebnisoffen. So könnten in der Studie alle Themen in die individuelle Belastungsbewertung

einfließen. Im weiteren Forschungsverlauf ist angestrebt, die Studie auch auf weitere Organisationen der Gefahrenabwehr auszuweiten. Die JUH nimmt dazu die Gespräche mit Hilfsorganisationen und Behörden auf, heißt es von Seiten der Hilfsorganisation.

"Die Akkon Hochschule für Humanwissenschaften möchte mit dieser Studie gemeinsam mit der Johanniter-Unfall-Hilfe als Trägerin der Hochschule die Rettungskräfte, die Tag für Tag im Einsatz sind, dabei unterstützen, dass sie einen guten Job machen können. Die Studie soll zeigen, was die Arbeit der Rettungsdienst-Mitarbeitenden besonders schwermacht. Dann können wir gezielt reagieren und genau hier ansetzen, um die Arbeitssituation zu verbessern", erklärte Jörg Lüsslem, Mitglied des Bundesvorstandes der JUH.

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit"](#)

6. Februar:

- Gesetz in M-V teilweise verfassungswidrig

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 6. Februar:](#)

6. Februar:

- Der Untergang in der Soll-Organisation

[Newsletter "Digitaler Staat und Cyber Security" 8. Februar:](#)

8. Februar:

- Regierung setzt auf eID

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Die Stadt als Marke

PODCASTS

[Podcast "Public Sector Insider"](#)

7. Februar:

- "GroKo-Chaos" aufräumen

[Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 8. Februar:](#)

8. Februar:

- Finanzen und Steuern

[Podcast "Voices in Defence" vom 12. Dezember:](#)

12. Dezember:

- Neuer schwerer Transporthubschrauber

Blaulicht Technology Summit
Innovationen und Zukunftstechnologien für die BOS
 23. März 2023, Dorint Hotel Neuss
www.blaulicht-summit.de

rescEU: EU-Kommission schafft Reserve für CRBN-Lagen

(BS) Die EU-Kommission stellt im Rahmen des Katastrophenschutzmechanismus rescEU Finnland 242 Millionen Euro für die Entwicklung der ersten strategischen Reserve für chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen (CERN) zur Verfügung. Die strategische CERN-Reserve ist Teil der Entwicklung eines EU-weiten Konzepts für die Bevorratung von medizinischen Gegenmaßnahmen für den Einsatz in gesundheitlichen Notfällen.

Diese Vorhaltung ist die erste Reserve, die nur für CERN-Ausrüstung bestimmt ist. Die Vorhaltung umfasst u. a. medizinische Geräte und Ausrüstung für den Einsatz vor Ort. Die Mittel werden auch für die Schulung des Personals verwendet. Ziel ist es, das CERN-Fachwissen in Europa zu stärken und sicherzustellen, dass die Fähigkeiten und Einsatzteams interoperabel sind und überall auf dem Kontinent eingesetzt werden können. Die Reserve wird in Zusammenarbeit mit der Europäischen Behörde für Notfallvorsorge und -bewältigung im Gesundheitswesen (HERA) betrieben.

"Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Notwendigkeit bestätigt, die CERN-Bereitschaft der EU zu stärken. Deshalb werden die CERN-Reserven von rescEU der EU ein wichtiges Sicherheitsnetz bieten, das eine schnelle und koordinierte Reaktion auf EU-Ebene ermöglicht. Ich möchte Finnland dazu beglückwünschen, dass es als erster Mitgliedstaat im Rahmen von rescEU eine strategische CERN-Reserve entwickelt hat", erklärte der für Krisenmanagement zuständige Kommissar Janez Lenarčič.

Die EU-Kommission hat bereits schon mehrere Reserven im Rahmen von rescEU angelegt, u. a. für eine Luftflotte zur Waldbrandbekämpfung oder ein Arzneimitteldepot mit Schutzausrüstungen und -geräten. Die Reserven werden zu 100 Prozent von der EU finanziert. Im Ernstfall haben alle an dem Katastrophenschutzverfahren beteiligten Staaten Zugriff auf die Vorhaltungen.

EU-Kommission eröffnet Energie-Hub in Polen

Im Rahmen des EU-Katastrophenschutzmechanismus rescEU hat die EU-Kommission

on zudem ein Energie-Hub in Polen eröffnet. Das Hub soll als logistisches Zentrum bzw. als Drehscheibe für die Bereitstellung von Energienothilfe für die Ukraine dienen.

Über die Drehscheibe werden Stromgeneratoren

in die Ukraine geliefert, die dem Land helfen sollen, seine Energieinfrastruktur aufrechtzuerhalten, welche von Russland regelmäßig angegriffen wird. Die EU-Drehscheibe soll es den internationalen Partnern ermöglichen, ihre Spenden zu kanalisieren. Gleichzeitig wird der Transport der Hilfsgüter von der Drehscheibe in die Ukraine damit vollständig finanziert.

Die EU hat Polen 114 Millionen Euro für den Kauf von Generatoren gewährt, die Teil dieser rescEU-Energiereserve sein sollen. In einem ersten Schritt werden 1.000 neue Generatoren aus der Reserve an die Ukraine geliefert. Dies kommt zu den 1.400 Generatoren hinzu, die bereits über das



Die EU-Kommission unterstützt über die rescEU-Energie-Reserve die Ukraine.
Foto: BS/Litgrid

EU-Katastrophenschutzverfahren zur Verfügung gestellt wurden.

Der für Krisenmanagement zuständige Kommissar Janez Lenarčič sagte dazu: "Indem wir die neue rescEU-Energiedrehscheibe auch für andere Geber öffnen, können wir dazu beitragen, die Energiespenden für die Ukraine in ihrer dunkelsten Stunde zu erhöhen. Ich möchte Polen dafür danken, dass es die Initiative ergriffen und die Führung übernommen hat. Seit dem ersten Tag des Krieges haben wir Hand in Hand mit den polnischen Behörden zusammengearbeitet, um die rasche und organisierte Lieferung lebensrettender Hilfsgüter aus ganz Europa an die Ukraine sicherzustellen."

iconos®



Ihr Spezialist bei der Waldbrandbekämpfung

iconos® Kreisregner B

- ✓ Fläche nasshalten ohne Personaleinsatz
- ✓ Sehr gut einsetzbar am Abend und in der Nacht
- ✓ Geringer Wasserverbrauch
- ✓ Beregnung einer Fläche von bis zu 1.800 m²

iconos® Vertriebs GmbH
Tel.: 0203-74 14 69

info@iconos-system.com
www.iconos-system.com

KV und Berliner Feuerwehr: Gemeinsame Kampagne gestartet

(BS) Die Berliner Feuerwehr und die Kassenzärztliche Vereinigung (KV) Berlin haben eine neue Informationskampagne ins Leben gerufen. Sie soll die Bürgerinnen und Bürger für einen besseren Umgang mit den Notfallnummern 112 und 116117 sensibilisieren. Die Kampagne trägt den Titel "Die richtige Nummer im richtigen Moment".

Kern der Kampagne, die nun auch in den Sozialen Medien abläuft, ist ein Film. Darin wird erklärt, in welchen Fällen die beiden Notfallnummern gewählt werden sollten und wann nicht. Berlins Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen erklärte: "Wir haben in Berlin die besondere Situation, dass sowohl die KV Berlin als auch die Berliner Feuerwehr eine enorm hohe Anzahl an Anrufen aus der Bevölkerung zu bewältigen haben." Doch alle Ressourcen seien begrenzt. "Mit dieser Kampagne klären wir die Bürgerinnen und Bürger darüber auf, welche Nummer in welchem Fall zu wählen ist." Zudem würden präventiv Möglichkeiten erläutert, wie sich die Menschen in dringenden Notfällen selbst helfen könnten, so Homrighausen.

Laut Landesbranddirektor arbeiteten die Berliner Feuerwehr und die KV der Bundeshauptstadt schon lange zusammen. Es existiere inzwischen sogar eine bi-direktionale Schnittstelle zwischen den beiden Leitstellen, was zu vermehrten Einsatzabgaben der Feuerwehr an den Ärztlichen Bereitschaftsdienst führe. Homrighausen betonte aber auch: "Diese Kampagne kann nur der Anfang sein." Durch sie würde die Berliner

Feuerwehr auch nicht bei ihren originären Aufgaben entlastet.

Zu oft angerufen

Der Vorstandsvorsitzende der KV Berlin, Dr. Burkhard Ruppert, sagte zum Kampagnenstart: "Die hohe Inanspruchnahme von Einsatzmitteln der Notfallrettung und Ärztlichem Bereitschaftsdienst durch Menschen, deren Erkrankungen eine Notfallversorgung nicht erforderlich machen, haben uns dazu veranlasst, eine gemeinsame Kampagne zu entwickeln." Man wolle deutlich machen, dass nicht jede gesundheitliche Beschwerde ein Fall für die 112 oder die 116117 ist. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, dass beide Notfallnummern zu häufig gewählt würden, obwohl keine lebensgefährliche Situation oder akute gesundheitliche Beschwerden vorlägen.

Im vergangenen Jahr wurde die Telefonnummer 116117 in Berlin rund 360.000 Mal angerufen. Die Leitstellenkräfte konnten laut Ruppert etwa 263.000 Anrufe bearbeiten. Die Beratungsärzte am Telefon hätten mehr als 95.000 Patientinnen und Patienten beraten. Die fallabschließenden Beratungen hätten bei rund 65 Prozent gelegen. Der fahrende Hausbesuchsdienst sei bei circa 72.000 Patientinnen und Patienten gewesen. Die KV Berlin habe insgesamt



Präsentierten eine gemeinsame Kampagne: Berlins Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen (2.v.r.) und der KV-Vorstandsvorsitzende Dr. Burkhard Ruppert (2.v.l.).

Foto: BS/Feldmann

33.000 Fälle von der Feuerwehr übernommen (inklusive Leichenschau) und 11.000 Fälle abgegeben.

Zudem seien laut dem KV-Vorstandsvorsitzenden im Jahr 2022 circa 17.000 Krankentransporte vermittelt worden. Insgesamt gibt es laut Landesbranddirektor Homrighausen in Berlin jährlich etwa eine Million solcher Transporte. Dafür seien drei Vollzeit äquivalente im Einsatz gewesen. Künftig wird die KV Berlin diesen Service nicht mehr anbieten. Inwiefern sich das auf die Wartezeit bei der 116117 auswirke – diese lag im letzten Jahr durchschnittlich bei 12:33 Minuten – konnte er auf Rückfrage nicht sagen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass nun die Berliner Feuerwehr wieder vermehrt Krankentransporte selbst durchführen muss. Denn laut Berliner Rettungsdienst ist sie auch dafür zuständig – wenn auch nur subsidiär.



Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

Management in Kommunen
rentabel, resilient, reibungslos

8.3.2023, 14.00 – 15.30 Uhr

Mehr unter: www.neuestadt.org



Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

Th: 30 Zeltsysteme für Katastrophenschutz

(BS) Das Innenministerium Thüringen hat 30 modulare Zeltsysteme für den Katastrophenschutz an die Landesverbände der Thüringer Hilfsorganisationen übergeben.

Die Systeme mit Wert von je 21.000 Euro erhielten die Landesverbände vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) (18 Zelte), der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) (drei Zelte), des Malteser-Hilfsdienstes (MHD) (zwei Zelte), vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) (drei Zelte) und von der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) (vier Zelte). Das Land fördert die Beschaffung mit rund 629.000 Euro komplett.

Die sechs mal sechs Meter großen Zeltsysteme sind zur langfristigen Unterbringung von Personen gedacht und sollen von den Hilfsorganisationen als Katastrophenschutzreserve und für den Betreuungsdienst eingesetzt werden.

Nach Angaben des thüringischen Innenministeriums unterscheiden sich die Zelte von "den typischen Stangengerüstzelten



Die thüringischen Hilfsorganisationen erhielten insgesamt 30 Zeltsysteme.

Foto: BS/TMIK

im Katastrophenschutz". Die Zelte sollen Windböen mit bis zu 140 Kilometer pro Stunde standhalten können, wasserdicht, schimmelbeständig sein. Sie sollen zudem mindestens 50-mal auf- und abgebaut werden, ohne dass das Material darunter leidet. Dies hätten Tests der US-Armee gezeigt. Der Zeltrahmen besteht aus Aluminium, die Plane aus PVC. Verpackt in Holzboxen wiegt jedes Zeltsystem mehr als eine Tonne.

Open Campus

(BS) Ob nun Klimakatastrophe, demografischer Wandel oder politische Konflikte - die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Zudem müssen die finanziellen Mittel zielgerichtet eingesetzt und die Einsatzkräfte für die zunehmenden komplexer werdenden Aufgaben ausgebildet werden.

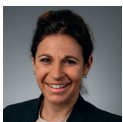
Der Open Campus Gefahrenabwehr der FOM Hochschule will darauf Antworten geben. Auf der Veranstaltung diskutieren Prof. Dr. Henning G. Goersch, Professor für Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz an der FOM Hochschule, Michael Peters, Leiter der Leitstelle Kreis Mettmann, Fachverband Leitstellen e.V., und Mareike Kortmann, Senior Account Executive bei Esri Deutschland, die aktuellen Entwicklungen im Bevölkerungsschutz. Zudem informiert die FOM Hochschule über einen neuen Studiengang "Management in der Gefahrenabwehr". Die hybride Veranstaltung richtet sich an alle in der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr tätigen oder mit ihr verbundenen Personen und Interessenten in Landkreisen und Kommunen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Weitere Informationen finden sich [hier](#).

DIGITALER STAAT ONLINE EXPERTISE. MÄRZ

Cyber Security im Kontext von Backup & Archivierung Immutability wirksam einsetzen

Freitag, 3. März 2023, 10:30 - 12:00 Uhr



Martina Emminger
Channel Account Manager, iTernity



Dirk Hannemann
Principal Presales Architect,
HPE DACH

Ransomware: I don't care Der proaktive Schutz gegen neuartige Malware und Datendiebstahl

Freitag, 17. März 2023, 10:30 - 12:00 Uhr



Clemens A. Schulz
Director Endpoint Security,
Rohde & Schwarz Cybersecurity



Stefan Gockel
Key Account Manager,
Rohde & Schwarz Cybersecurity

Application Performance Monitoring und zentrale Log-Verwaltung im öffentlichen Dienst

Freitag, 24. März 2023, 10:30 - 12:00 Uhr



Katharina Genzler
Commercial Account Executive
Public Sector, Elastic



Eva Ramom
Senior Solution Architect Public
Sector, Elastic



Felix Fischer
Team Lead Application Performance
Monitoring, SVA System Vertrieb

www.digitaler-staat.online

Probe in Wittenberg

(BS) Im sachsen-anhaltischen Landkreis Wittenberg wird erstmals zur Versorgung von medizinischen Notfällen ein Gemeindefallsanitäter eingesetzt. Das Konzept soll vom Sommer an für zunächst zwei Jahre erprobt werden. Der Gemeindefallsanitäter soll künftig bei Notfällen alarmiert werden, bei denen Patientinnen und Patienten einer dringenden medizinischen Versorgung bedürfen, aber ein Transport ins Krankenhaus nicht zwingend notwendig erscheint.

Mit der Erprobung soll festgestellt werden, ob ein Gemeindefallsanitäter eine Ergänzung für den Rettungsdienst darstellt, die Hilfsfristen im Rettungsdienst verkürzt und die Notaufnahmen der Krankenhäuser entlastet werden können. "Mein Dank gilt dem Landkreis Wittenberg für die Initiative und den Kostenträgern für die Bereitschaft, das Pilotprojekt zu unterstützen. Allen Beteiligten wünsche ich viel Erfolg und ein gutes Gelingen", erklärte dazu Sachsen-Anhalts Innenministerin Dr. Tamara Zieschang (CDU).

"Wir haben uns für ein völlig neues Rettungsmittel entschieden, das es so noch nicht in Sachsen-Anhalt gibt. Nicht jeder Einsatz mündet in einen Transport ins Krankenhaus", erläuterte Landrat Christian Tylsch das Modellprojekt, welches vom Landkreis entwickelt wurde. Man nehme kein Rettungsmittel weg und es werde auch keins ausgetauscht. Man bekomme ein Neues hinzu, stellt der Landrat klar.

BY: Mehr Ausbildungsplätze für Notfallsanitäter

(BS) Das Bayerische Rote Kreuz (BRK) erzielt mit der Arbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsverbände in Bayern eine Einigung. Ausbildungsplätze für Notfallsanitäterinnen und Sanitäter werden signifikant aufgestockt.

Insgesamt 750 Ausbildungsplätze finanzieren die Kostenträger demnach in den Jahren 2023 und 2024. Im Jahr 2022 war die Zahl der Ausbildungsstellen noch auf 245 begrenzt.

Das Berufsbild des Notfallsanitäters und der Notfallsanitäterin ist vergleichsweise jung. Es gilt per Bundesgesetz seit 2014. Es löste nach einer Übergangs- und Anerkennungsphase das Berufsbild des Rettungsassistenten bzw. der Rettungsassistentin ab. Die Finanzierungsverantwortung des öffentlich-rechtlichen Rettungsdienstes obliegt den Sozialversicherungsverbänden. Um sich Notfallsanitäter nennen zu dürfen, muss eine dreijährige Ausbildung durchlaufen werden.

Keine Soforteffekte zu erwarten

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) begrüßt die Einigung und lobt das Verhandlungsgeschick der Hilfsorganisation. "Deutlich mehr Notfallsanitäter sind ein wichtiger Beitrag, um den gestiegenen Herausforderungen im Rettungswesen



Dank einer Einigung zwischen dem Bayerischen Roten Kreuz (BRK) und der Arbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsverbände in Bayern werden in den Jahren 2023 und 2024 mehr Notfallsanitäter ausgebildet als je zuvor.

Foto: BS/Golda, pixabay.com

zu begegnen und die Versorgung der bayerischen Bevölkerung in medizinischen Notfällen nachhaltig sicherzustellen", so der bayerische Innenminister.

Dr. Elke Frank, Landesgeschäftsführerin des BRK, betrachtet die Aufstockung der Ausbildungsplätze als dringend notwendig. Der Rettungsdienst agiere zum Teil bereits an der Belastungsgrenze. Mit Soforteffekten dürfe aber nicht gerechnet werden. Dennoch zieht die Landesgeschäftsführerin eine positive Bilanz: "Es ist ein richtiges und notwendiges Signal, dass die Kostenträger nun zustimmen. Mehr Fachkräfte entlasten den Rettungsdienst nachhaltig und langfristig. Damit wird die Attraktivität des Berufsbildes zukunftsfest gemacht."



Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

Ressourcen aus Abfall Kläranlagen und Kreislaufwirtschaft

22.2.2023, 14.00 – 15.30 Uhr

Mehr unter: www.neuestadt.org



Berliner Staatsanwaltschaft: Angriffe im Fokus

(BS) Die Staatsanwaltschaft Berlin wird in Zukunft Angriffe auf Feuerwehr- und Rettungskräfte konzentriert in einer Fachabteilung verfolgen. Das erfolgt unabhängig von den Ereignissen der letzten Silvesternacht. Eine entsprechende Verständigung erzielten nun Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen und der Leiter der Berliner Staatsanwaltschaft, der Leitende Oberstaatsanwalt Jörg Raupach.

Dadurch sollen der Berliner Feuerwehr und den anderen im Rettungsdienst tätigen Organisationen eine klare Ansprechstelle in der Staatsanwaltschaft geboten werden. Die Konzentration der Bearbeitungszuständigkeit soll zudem zu einer effizienteren und schnelleren Verfahrensbearbeitung führen und eine einheitliche Sachbearbeitung sicherstellen. Im polizeilichen Bereich wurden mit derartigen Spezialabteilungen bereits gute Erfahrungen



Auch Feuerwehrleute werden vermehrt im Dienst attackiert. Dem soll nun mithilfe einer speziellen Abteilung bei der Staatsanwaltschaft Berlin entgegengewirkt werden.

Foto: BS/magicpen, pixelio.de

gemacht, u. a. in Köln.

Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen erklärte: "An- und Übergriffe gegenüber der Feuerwehr gehören in Berlin leider inzwischen zum Alltagsgeschehen.

Der zurückliegende Jahreswechsel hat hier ein neues Ausmaß und eine besonders perfide Qualität gezeigt. Diesem völlig inakzeptablen Verhalten gilt es entgegenzuwirken." Die Rechtsordnung müsse verteidigt werden. Diesen Weg wolle man gemeinsam mit einer Sonderzuständigkeit bei der Staatsanwaltschaft Berlin beschreiten.

Und der Leitende Oberstaatsanwalt Jörg Raupach betonte: "Angriffe auf Rettungskräfte sind nicht hinnehmbar. Personen zu attackieren, die sich als Helferinnen und Helfer dem Dienst an der Gemeinschaft, dem Schutz der Gesundheit und des Lebens aller Bürgerinnen und Bürger verpflichtet haben, ist schon nicht nachvollziehbar." Durch die Spezialzuständigkeit solle verdeutlicht werden, dass sich die Staatsanwaltschaft diesem Phänomen in neuer Organisationsstruktur mit Nachdruck widmen werde.

Internationale Fachtagung

Wenn wir auf dem rechten Auge blind sind ...

Extremismus in der Gesellschaft, der Polizei und öffentlichen Einrichtungen

28. bis 30. März 2023 (Di.-Do.)

Thomas-Morus-Akademie/
Kardinal Schulte Haus, Bensberg



Bild von UnratedStudio auf Pixabay

Behörden Spiegel
STIFTUNG

THOMAS
MORUS
AKADEMIE
Bensberg

BaWü will Einsatzkräfte besser schützen

(BS) Angriffe auf Mitarbeitende der Gefahrenabwehr nehmen seit Jahren zu. In Baden-Württemberg möchte man Art und Umfang dieses Phänomens genau aufschlüsseln und dagegen vorgehen.

Baden-Württemberg sei nicht Berlin, betont Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU). Der Politiker bezieht diese Aussage auf den unterschiedlichen Umgang mit Gewalt gegen Einsatzkräfte in den beiden Ländern. Anders als in Berlin habe man im südwestlichen Bundesland bereits Bodycams, Strafverschärfung und Schmerzensgeldübernahme eingeführt.

Dieses Maßnahmenkonglomerat plant die baden-württembergische Justizministerin, Marion Gentges (CDU), noch weiter auszubauen. Im Rahmen des Blaulichtaustausches kündigte sie eine statistische Sondererhebung über Gewalt gegen Einsatzkräfte an. Darüber hinaus baue man Standorte für beschleunigte Verfahren weiter aus. "Straftaten können auf diese Weise in geeigneten Fällen innerhalb weniger Tage, wenn nicht sogar Stunden mit einem Urteil beantwortet werden", erklärt Gentges. Das-

selbe gelte für die Häuser des Jugendrechts. Auch sie sollen landesweit kommen, damit Jugendamt, Polizei und Staatsanwaltschaft im Kampf gegen Jugendkriminalität überall unter einem Dach effizient zusammenarbeiten können.

Neben diesen Beschlüssen berieten die Teilnehmenden des Blaulichtaustausches weitere Maßnahmen. Verstärkte Schulungsbemühungen zum Umgang mit brenzligen Situationen und sozialen Medien standen zur Debatte. Darüber hinaus schlugen einige Teilnehmende eine erneute statistische Auswertung der Delikte gegen Einsatzkräfte im Rahmen einer Sondererhebung vor. Auch die Forderung nach der Ausweitung der Schmerzensgeldregelung bei delikt- und schuldunfähigen Tätern wurde geäußert.

"Baden-Württemberg ist Spitzenreiter bei der Inneren Sicherheit, ist Ehrenamtsland



Im Rahmen des Blaulichtaustausches diskutierten das Innenministerium in Stuttgart mit Polizei, Feuerwehr, THW und dem Rettungsdienst, wie Einsatzkräfte besser geschützt werden können.

Foto: BS/fsHH, pixabay.com

Nummer Eins. Das wollen wir auch bleiben. Deshalb müssen wir alles dafür tun, um die zu schützen, die uns schützen. Wenn etwa Einsatz- und Rettungskräfte das Gefühl haben, selbst zur Zielscheibe zu werden, dann sinkt die Bereitschaft, diesen wichtigen Job zu machen. Wir müssen deshalb alle ran, damit dieses wichtige Fundament, das unsere Gesellschaft trägt, auch in Zukunft hält", so Innenminister Strobl.

PMRExpo - Neuer Veranstalter

(BS) Die Koelnmesse ist neuer Veranstalter der Digitalfunkmesse PMRExpo. Dazu wurde mit dem PMeV – Netzwerk sichere Kommunikation eine entsprechende Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Der PMeV ist Initiator und ideeller Träger der PMRExpo, die erstmals im Jahr 2000 stattfand. 2009 zog sie von Leipzig nach Köln um.

Ab der PMRExpo 2023 fungiert die Koelnmesse nun als Gastgeber und Veranstalter. Gemeinsames Ziel von PMeV und Koeln-

messe ist es, das Themenfeld der sicheren Kommunikation auf alle relevanten Branchen auszuweiten sowie die Internationalisierung der PMRExpo als europäische Leitmesse für sichere Kommunikation noch weiter voranzutreiben. Hierzu soll auch das Auslandsnetzwerk der Koelnmesse eingebunden werden.

"Der sehr positive Verlauf der PMRExpo 2022 bestärkt den PMeV in seinen Zielen, nach dem Corona-bedingten Zwischen-

stopp die PMRExpo kontinuierlich auf Wachstumskurs zu halten, noch weiter zu professionalisieren und unter Beibehaltung des hervorragenden Markenkerns als europäische Leitmesse für sichere Kommunikation noch vielfältiger und internationaler aufzustellen", erklärt Bernhard Klinger, Vorsitzender des PMeV-Vorstandes. Die Koelnmesse organisiert und betreut mit weltweit 1.000 Mitarbeitenden jedes Jahr rund 80 Messen und ähnliche Veranstaltungen.

Anzahl der Rettungsdienstbeschäftigten um 71 Prozent gestiegen

(BS) Nach einer Meldung des Statistischen Bundesamtes ist die Anzahl der Rettungsdienstbeschäftigten von 2011 bis 2021 um 71 Prozent gestiegen. Im Jahr 2021 seien in Deutschland rund 85.000 Personen im Rettungsdienst tätig gewesen. Hinzu kämen

noch die zahlreichen ehrenamtlichen Kräfte. Vor zehn Jahren hätten nur rund 50.000 Menschen im Rettungsdienst gearbeitet. Damit sei der Personalzuwachs deutlich stärker als im Gesundheitswesen insgesamt ausgefallen. In diesem Bereich stieg im sel-

ben Zeitraum die Zahl der Beschäftigten um 21 Prozent. Trotz der starken Zunahme sei der Bedarf an Fachkräften im Rettungsdienst weiterhin hoch. Die Bundesagentur für Arbeit stuft Rettungsberufe aus diesem Grund als sogenannte Engpassberufe ein.



WEBINAR

Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

20.03.2023 09:00 – 16:30 Uhr

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

Günther Pinkenburg, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

Florian Gebauer, AFTAF GmbH

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchwort „Feuerwehr“

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Matthias Lorenz, Sven Rudolf, Paul Schubert, Marlies Voßbrecker. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.